

**Statement bei der Pressekonferenz**  
**„Proud to be a teacher“**

Meine Damen und Herren,

zum zwölften Mal begeht die Bildungsinternationale, die weltweit 29 Millionen Pädagoginnen und Pädagogen in 160 Ländern repräsentiert, den Weltlehrertag. Dessen Sinn und Zweck ist es, die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern nicht nur positiv zu würdigen, sondern insbesondere die Regierungen und damit die politisch Verantwortlichen darauf zu verpflichten, weltweit ihre Verantwortung für ein leistungsfähiges und demokratisch gestaltetes Bildungswesen wahrzunehmen.

Dabei sind die Bedingungen, unter denen Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, sehr unterschiedlich. Dies gilt auch für Ansehen und Wertschätzung, die sie und ihre Arbeit in der Gesellschaft genießen. So gibt es einerseits Staaten, in denen Lehrerinnen und Lehrer unter sehr schlechten materiellen Bedingungen arbeiten, ihr Ansehen und ihre Wertschätzung aber trotzdem relativ hoch sind. Andererseits gibt es Länder wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland, in der Lehrerinnen und Lehrer vergleichsweise in materiell und sozial gesicherten Verhältnissen arbeiten, in denen ihr Ansehen in der Gesellschaft aber deutlich zu wünschen übrig lässt.

Wir haben den Weltlehrertag 2006 nicht deshalb als Termin für eine Pressekonferenz gewählt, weil wir – wieder einmal – das altbekannte Klagelied über bildungspolitische Missstände anstimmen wollen. Wir möchten den Spieß vielmehr einmal umdrehen und das Motto des Weltlehrtages „Proud to be a teacher“ zum Anlass nehmen, selbstbewusst und offensiv dafür zu werben, dass unsere Arbeit

Anerkennung findet und dafür aber auch die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Deshalb stelle ich eingangs fest: Die überwältigende Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg übt ihren Beruf gerne und engagiert aus, obwohl die Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen an unseren Schulen alles andere als zufrieden stellend sind.

Es geht mir heute deshalb vor allem darum, den Widerspruch zwischen den allgemein anerkannten und vielfach formulierten Ansprüchen und Anforderungen und der Realität aufzuzeigen.

Bundespräsident Köhler hat mit seiner Rede „Bildung für alle“, die er vor vierzehn Tagen in Berlin gehalten hat, eine Steilvorlage geliefert: „Getragen wird die Arbeit in den Schulen von Menschen, vor allem von Lehrerinnen und Lehrern und den Schulleiterinnen und Schulleitern an der Spitze. Sie haben eine große Verantwortung – für die ihnen anvertrauten Jugendlichen und unsere Gesellschaft insgesamt. Lehrer zu sein, das ist weit mehr als ein Job. Der Lehrerberuf verlangt solides Fachwissen – er verlangt aber auch Liebe zu Kindern und die Überzeugung, dass in jedem einzelnen Schüler etwas Besonderes steckt. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten oft unter schwierigen Voraussetzungen. In manchen Schulen ist es für sie nahezu unmöglich, ihre Aufgabe zu erfüllen, weil in den Elternhäusern und im sozialen Umfeld der Schüler schon so viel versäumt wurde. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die nicht aufgeben und die darauf brennen, jungen Menschen etwas beizubringen – das sind für mich Helden des Alltags.“

Wir brauchen gute Lehrer – und wir brauchen auch genug Lehrer: Genug Lehrer, um den Unterrichtsausfall zu minimieren; genug Lehrer für vernünftige Klassengrößen; genug Lehrer für alle vorgesehenen Schulfächer. Wir müssen endlich ernst machen mit der individuellen Förderung von Schülern. Und dafür brauchen Lehrer mehr Unterstützung von Spezialisten – zum Beispiel von Logopäden, Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern.....

Ich weiß um die schwierige Kassenlage der Länder und ich kenne die Nöte der Haushaltspolitiker. Aber ohne ausreichende und effektive Bildungsausgaben wird der Weg zu gesunden Staatsfinanzen noch schwieriger. Deshalb müssen wir den Mut und die politische Kraft haben, anderes zu Gunsten der Bildung zurückzustellen. Sie ist die wichtigste Investition, die unsere Gesellschaft und jeder Einzelne tätigen kann. Wer an Bildung spart, spart an der falschen Stelle.“

Niemand wird von mir erwarten, dass ich dem Bundespräsidenten in den zitierten Punkten widerspreche. Wo er Recht hat, hat er Recht. Die Frage allerdings ist, ob seine Rede ebenso wirkungslos bleibt wie ähnliche Reden seiner Vorgänger. Die Realität des Jahres 2006 steht nämlich in krassem Widerspruch zu dem, was der Bundespräsident fordert. Ich will einige Punkte benennen und daraus die aktuellen Forderungen zur Bildungspolitik in den nächsten Monaten und Jahren ableiten:

1. Klammheimlich hat die Landesregierung von Baden-Württemberg 521 Lehrerstellen gestrichen – pardon gesperrt – und damit wenige Monate nach der Landtagswahl ihr Wahlversprechen gebrochen, dass alle durch Schülerrückgang rechnerisch frei werdenden Lehrerinnen- und Lehrerstellen erhalten bleiben. Die Begründung ist abenteuerlich. Einerseits sei der Schülerrückgang stärker als prognostiziert ausgefallen und zum andern sei diese Sperrung nicht mehr als recht und billig, weil das Kultusministerium 2003 bei der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen keine Stellen beim Finanzminister abliefern musste.

Ich will diese Begründung nicht weiter kommentieren, sondern feststellen, dass diese Maßnahme der Landesregierung ein skandalöser Bruch ihrer Zusage ist, alle Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu erhalten.

Natürlich kann man einwenden: „Was sind schon 521 Stellen bei insgesamt über 80.000.“ Diese Aussage ist richtig und falsch zugleich. Natürlich werden viele Schulen dies verkraften; andererseits sind 521 Stellen rund 14.000 Lehrerstunden, die den Schulen Woche für Woche gerade für Stütz-, Ergänzungs- und Förderunterricht fehlen werden.

Diese Sperrung von Stellen trifft die Lehrerinnen und Lehrer im Übrigen nur indirekt. Sie trifft vor allem die Schülerinnen und Schüler, deren Lernbedingungen sich verschlechtern.

Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, dass in den nächsten Jahren keine einzige Lehrerstelle gestrichen werden darf, sondern dass die durch Schülerrückgang rechnerisch frei werdenden Stellen zur Qualitätsverbesserung, zur individuellen Förderungen und zum Ausbau von Ganztagesangeboten genutzt werden müssen. Diese Forderung ist angesichts der Unterfinanzierung unseres Schulsystems, aber auch angesichts der Aussagen des Bundespräsidenten, bescheiden genug.

2. Die längst fällige Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung wird weiter auf die lange Bank geschoben. Obwohl es einen breiten Konsens gibt, dass die Lehrerbildung reformiert und insbesondere die Ausbildungsinhalte auf die neuen Anforderungen des Lehrerinnen- und Lehrerberufs abgestimmt werden müssen, geschieht so gut wie Nichts. Sowohl die OECD-Lehrerstudie als auch der Evaluationsbericht Erziehungswissenschaft sind in Baden-Württemberg sang- und klanglos in der Schublade verschwunden, ohne dass daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. Die Pädagogischen Hochschulen befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Die erfreulicherweise steigende Zahl der Lehramtsstudierenden in den letzten Jahren führt zu einer Überlast, die ohne Qualitätsverlust nicht zu bewältigen ist.

Während in Europa alle Welt über den Bologna-Prozess redet, scheint Baden-Württemberg an seinem Sonderweg der

Lehrerbildung festhalten zu wollen.

Die GEW fordert, dass die Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf der Grundlage des Bologna-Prozesses dazu genutzt wird, die Lehrerbildung grundlegend zu reformieren.

Dabei muss gelten, dass der Zugang zum Lehramt den Masterabschluss voraussetzt. Der Lehrerausbildung muss künftig ein Lehrerleitbild zugrunde gelegt werden, das heutige Anforderungen an den Beruf von Lehrerinnen und Lehrern berücksichtigt und sich nicht an einem Berufsbild des vorigen Jahrhunderts orientiert. Wir haben in Ihre Unterlagen ein Diskussionspapier der GEW zur Lehrerbildung gelegt, das die wesentlichen Impulse für eine Reform der Lehrerbildung in Baden-Württemberg beschreibt.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist aber, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg den jungen Menschen, die sich für den Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin entscheiden, auch einigermaßen verlässliche Perspektiven bietet, sonst werden wir in der Tat in wenigen Jahren einen erheblichen Lehrermangel zu beklagen haben.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Die Studierendenzahlen in den Lehramtsstudiengängen sowohl an den Pädagogischen Hochschulen als auch den Universitäten steigen zwar, aber der Anteil der Frauen wird immer höher. An den Pädagogischen Hochschulen sind mittlerweile 90 % der Studierenden Frauen. Dies hat nicht nur für die pädagogische Arbeit an den Schulen negative Auswirkungen, sondern ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass der Beruf des Lehrers für junge Männer offensichtlich an Attraktivität deutlich verloren hat.

Wenn dann die Landesregierung wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt davon fantasiert, die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und

Hauptschulen zu spreizen und die Eingangsbesoldung auf A 11 abzusenken – gemeint sind damit wohl insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen – dann steht diese Absicht in deutlichem Widerspruch zur allgemeinen Sonntagsrhetorik, die frühkindliche Bildung zu stärken. Die GEW erteilt deshalb allen Gedankenspielen, die Bezahlung von Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrern zu entkoppeln, eine klare Absage.

Zu diesem Punkt noch eine allgemeine Bemerkung:

Die Bildungsdebatte wird bei uns seit einigen Jahren sehr stark durch internationale Vergleichsstudien geprägt. Die OECD-Lehrerstudie habe ich bereits erwähnt. Die deutschen Kultusminister – auch der baden-württembergische – reagieren darauf etwas eigenartig. Anstatt die Kritikpunkte ernst zu nehmen und daraus die Konsequenzen zu ziehen, beschließen sie, sich nicht mehr an internationalen Studien zu beteiligen. So geschehen vor wenigen Wochen, als die Kultusministerkonferenz (KMK) beschloss, sich an der OECD-Lehrer-Hauptstudie nicht zu beteiligen. Auch eine Art, die Probleme zu verdrängen nach dem Motto: Wir wissen, dass wir gut sind – es lebe der Provinzialismus.

3. Damit bin ich beim dritten Punkt, der uns derzeit erheblich beschäftigt und ein weiterer Beitrag dazu darstellt, die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern öffentlich zu diskreditieren. Die so genannte Föderalismusreform wird bildungspolitisch dazu führen, dass provinzielle Kleinstaaterei die Oberhand gewinnt und die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern werden bundesweit völlig auseinander laufen. Schon jetzt überbieten sich die Landesregierungen darin, die materiellen Bedingungen für Lehrerinnen und Lehrer zu verschlechtern. Der baden-württembergische Ministerpräsident betont zwar immer wieder, er wolle den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg attraktiv halten, und sein Finanzminister pflichtet ihm bei, in der Realität jedoch passiert genau das

Gegenteil.

Bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 stehen die Kürzungen im Personalbereich an oberster Stelle. Sicher scheint für die Regierung bereits jetzt zu sein, das Weihnachtsgeld ein weiteres Mal zu kürzen – strittig scheint nur das Volumen. Auch die Versorgungsempfänger sollen kräftig zur Kasse gebeten werden – die Gedankenspiele reichen dabei bis zu einer völligen Streichung des Weihnachtsgeldes.

Offensichtlich sollen die Beamtinnen und Beamten in erster Linie den maroden Landeshaushalt sanieren und den entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Nullverschuldung im Jahr 2011 leisten.

Ich sage dazu in aller Klarheit: Die Beamtinnen und Beamten – und die Lehrerinnen und Lehrer sind ja überwiegend im Beamtenverhältnis – können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass es in Baden-Württemberg 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler gibt, die allesamt Anspruch auf eine vernünftige Schulbildung haben.

Im Spätherbst dann will die Landesregierung das Thema „Pension mit 67“ auf die Tagesordnung setzen. Wenn diese Maßnahme nicht mehr sein soll als eine Kürzung der Altersversorgung bei der überwiegenden Zahl der Pensionäre, dann wäre die Landesregierung gut beraten, gerade bei den Lehrerinnen und Lehrern zunächst einmal alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese länger im Beruf zu halten.

Niemand kann ein Interesse daran haben, dass die Mehrzahl der Lehrerinnen und Lehrer vorzeitig pensioniert wird. Ich habe deshalb sowohl dem Ministerpräsidenten als auch dem Kultusminister angeboten, dass wir bereit sind, einmal alle Möglichkeiten auszuloten und Vorschläge – wenn es sein muss auch unkonventionelle – zu entwickeln, mit dem Ziel, die Lebensarbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern zu verlängern.

Eine Diskussion über die Heraufsetzung des Pensionsalters ist – wenn überhaupt – erst dann akzeptabel, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind – von der Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes über Formen der Teildienstfähigkeit bis hin zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand.

Bislang konnte sich die Landesregierung damit herausreden, dass alle diese Möglichkeiten am Bundesrecht scheitern. Jetzt – nach der Föderalismusreform – hat sie eigene gestalterische Möglichkeiten und es bleibt abzuwarten, ob es auch hier bei vollmundigen Ankündigungen bleibt oder ob die Landesregierung mit einem Programm und einem Bündel von Maßnahmen damit ernst macht, Lehrerinnen und Lehrer länger im Berufsleben zu halten.

Als letzter Punkt im Rahmen der Folgen aus der Föderalismusreform soll dann im kommenden Frühjahr eine Dienstrechtsreform aufgerufen werden, bei der Leistungsbezogene Elemente in die Bezahlung von Beamtinnen und Beamten – also auch von Lehrerinnen und Lehrern – eingebaut werden sollen.

Wir wehren uns nicht prinzipiell gegen die Einführung von Leistungsbezogenen Elementen der Bezahlung, wenn diese sinnvoll organisiert und an transparente Kriterien gebunden sind. Wogegen wir uns aber wehren ist, dass die Täuschungsmanöver der Vergangenheit fortgesetzt werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Einführung von so genannten Leistungsstufen und Leistungsprämien Ende der 90er Jahre, bei denen zunächst allen Beamtinnen und Beamten etwas weggenommen wurde mit dem Versprechen, diese Gelder dann an besonders leistungsfähige Beamtinnen und Beamte, z. B. in Form von Leistungsprämien, zu bezahlen. Die Landesregierung hat das Geld für Leistungsprämien bekanntlich gestrichen und damit die Beschäftigten um den zweiten Teil der so genannten

Dienstrechtsreform des Jahres 1997 betrogen.

Auf derartige Manöver können wir gerne verzichten.

4. Ich will noch auf einen vierten Punkt hinweisen, bei dem es um Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern geht. Mit dem Steuerrechtsänderungsgesetz wurde beschlossen, dass häusliche Arbeitszimmer künftig nicht mehr steuerlich absetzbar sind.

Abgesehen davon, dass die GEW diese Gesetzesänderung für verfassungswidrig hält und alle rechtlichen Mittel dagegen ausschöpfen wird, geht es dabei nicht vorrangig um ein paar hundert Euro, sondern es geht darum, dass sich eine solche Maßnahme, die die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern öffentlich diskreditiert und damit zum Ausdruck gebracht wird, dass Lehrerinnen und Lehrer, da sie an der Schule in der Regel keinen Arbeitsplatz haben, eigentlich auch keinen Arbeitsplatz brauchen.

Ich empfehle allen, die gerne eine längere Anwesenheit von Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen fordern, sich einmal vor Ort von den Arbeitsmöglichkeiten in den Lehrerzimmern unserer Schulen zu überzeugen.

„Proud to be a teacher“ ist aber auch ein hoher Anspruch, den die Lehrerinnen und Lehrer an sich selbst und ihre eigene Arbeit stellen. Deshalb appelliere ich an die Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg, ihre Arbeit professionell und selbstbewusst zu erledigen und sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

An die politisch Verantwortlichen und all diejenigen, die in unserem Land die Diskussion führen, appelliere ich genauso nachdrücklich, Ausgaben für die Bildung nicht länger als lästige Kosten zu betrachten, die beliebig reduziert werden können.

Erst wenn beides zusammenpasst – ausreichende Finanzierung und selbstbewusst arbeitendes Personal – werden wir die Fortschritte in der Bildung erzielen, die dringend notwendig sind.

Jetzt sind meine Ausführungen heute doch wieder sehr kritisch und anklagend geworden, obwohl ich eigentlich das große Loblied über den schönen Beruf der Lehrerinnen und Lehrer singen wollte.

Dafür bitte ich um Verständnis, aber das Schönreden der Verhältnisse überlasse ich lieber den Politikern.